



Hennef

DER BÜRGERMEISTER

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der hier näher bezeichneten Sitzung lade ich Sie herzlich ein.

Die Tagesordnung ist beigefügt.

Hennef, 11.09.2018

Mit freundlichen Grüßen

Edelgard Deisenroth-Specht
Ausschussvorsitzende

Gremium		
Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration		

Wochentag	Datum	Uhrzeit
Dienstag	25.09.2018	17:00

Sitzungsort
Rathaus, Saal Hennef (T3.01), Frankfurter Straße 97, 53773 Hennef

Dieses Deckblatt gilt ab einer halben Stunde vor Sitzungsbeginn und
während der Sitzungszeit als Parkschein für die Rathaustiefgarage.

Legen Sie das Deckblatt gut sichtbar in Ihr Fahrzeug.

Tagesordnung		
TOP	Beratungsgegenstand	Anlagen
	Öffentliche Sitzung	
1	Beschlussvorlagen	
1.1	1. Einhaltung des Ratsbeschlusses vom 23.6.2014 2. Änderung der Geschäftsordnung der Inklusion-Kommission Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 10.6.2018	1 und 2
1.2	Erstellung eines regelmäßigen Sozialberichts für die Stadt Hennef (Sieg); Antrag der Fraktion "Die Linke" vom 10.06.2018	3 und 4
1.3	Sachstandsbericht zur Situation der Flüchtlinge	5
2	Anfragen	
3	Mitteilungen	
3.1	Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Wohnen in Hennef"	6
	Nicht öffentliche Sitzung	
4	Beschlussvorlagen	
5	Anfragen	
6	Mitteilungen	



Beschlussvorlage

Amt: Stabsstelle Inklusion / Älterwerden
Vorl.Nr.: V/2018/1570
Datum: 28.08.2018

TOP:
Anlage Nr.:

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration	25.09.2018	öffentlich

Tagesordnung

1. Einhaltung des Ratsbeschlusses vom 23.6.2014
2. Änderung der Geschäftsordnung der Inklusion-Kommission

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 10.6.2018

Beschlussvorschlag

1. Der Ratsbeschluss vom 23.6.2014 wird im weiteren Verlauf des Prozesses eingehalten.
2. Eine Änderung der Geschäftsordnung der Inklusion-Kommission wird abgelehnt.

Begründung

Zu 1.:

Der partizipativ entwickelte Aktionsplan „Hennef inklusiv“ kann zum Start noch nicht alle vielfältigen Dimensionen und Handlungsbereiche für ein inklusives Gemeinwesen erfassen. Gleichwohl ist er in seiner Intention auf alle Bevölkerungsgruppen angelegt. In den nächsten Jahren sollen weitere Maßnahmen nach und nach auf alle Zielgruppen ausgeweitet, bzw. alle Zielgruppen in den Prozess einbezogen werden.

Zu 2.:

In der Inklusion-Kommission sind Mitglieder benannt, die teilhabebeschränkt sind und die Interessen der Betroffenen in vollem Umfang vertreten. Auf Parteizugehörigkeit darf es dabei nicht ankommen.

Hennef, den 10.09.2018

In Vertretung

Michael Walter
Erster Beigeordneter

DIE LINKE.
Hennef

DIE FRAKTION.

An den
Bürgermeister der Stadt Hennef
Herrn Klaus Pipke
Rathaus
53773 Hennef

EINGEGANGEN

11. Juni 2018

Hennef, 10.06.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich bitte Sie, nachfolgenden **Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 25.06.2018** zu setzen.

Sachverhalt:

In der Sitzung des Rates am 04.12.2017 wurde die Einrichtung eines Arbeitskreises Inklusion beschlossen. Dieser Arbeitskreis hat inzwischen den Titel „Inklusions-Kommission des Rates der Stadt Hennef“. Die Kommission hat den Einführungstext zum Aktionsplan in der Sitzung am 28.03.2018 überarbeitet und folgenden Text eingefügt:

„Gleichwohl haben wir uns in den weiteren Schritten des Inklusionsprozesses zunächst auf die in der UN-Behindertenrechtskonvention bezogene Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern fokussiert. Das heißt Menschen mit körperlichen, seelischen und psychischen Beeinträchtigungen stehen in diesem ersten Aktionsplan im Mittelpunkt der Betrachtung. In der Fortführung des Prozesses sollen dann weitere Gruppen gemäß unserem Inklusionsverständnis mit in die Planungen einbezogen werden“.

Antrag:

1. DIE LINKE. beantragt die **Einhaltung des Ratsbeschlusses vom 23.06.2014**, der ... die Unterscheidung von „behindert“ versus „nicht behindert“ aufhebt und weiter... „Nicht der Mensch muss an die Rahmenbedingungen angepasst werden, sondern der Sozialraum muss so gestaltet sein, dass allen Mitgliedern der Zugang zu den Möglichkeiten offen ist ... und keine Zugangsbarrieren aufweist“.

Eine (stufenweise, zeitliche) Einschränkung des Aktionsplanes auf bestimmte Behinderungsgruppen exkludiert die Menschen, die teilhabeingeschränkt sind.

2. Änderung der Geschäftsordnung der Inklusion-Kommission

Des Weiteren beantragen wir, ein festes Mitglied (und eine Vertretung) in der Inklusion-Kommission zu benennen, welches teilhabeeingeschränkt ist und die Interessen der Betroffenen vertritt. Dieses Mitglied soll parteiunabhängig und nicht bei der Stadt Hennef beschäftigt sein.

„Nicht ohne uns – über uns“

Empowerment und Peer Counseling bzw. Teilhabe und Partizipation sind Kernpunkte einer Inklusion und müssen berücksichtigt werden.



Gerd Weisel
Fraktionsvorsitzender

Detlef Krey
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender



Beschlussvorlage

Amt: Amt für soziale Angelegenheiten
Vorl.Nr.: V/2018/1591
Datum: 11.09.2018

TOP: 1.2
Anlage Nr.: 3

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration	25.09.2018	öffentlich

Tagesordnung

Erstellung eines regelmäßigen Sozialberichts für die Stadt Hennef (Sieg); Antrag der Fraktion "Die Linke" vom 10.06.2018

Beschlussvorschlag

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Begründung

Die Verwaltung hatte zu dem ursprünglichen Antrag der Fraktion „Die Linke“ zur Sitzung des Ausschusses für Generationen, Soziales und Integration am 03.11.2016 bereits ausgeführt, dass es sich bei dem Sozialbericht des Landes NRW „um ein sehr aufwändiges Werk handelt, das im Auftrag der Landesregierung von Dritten (Lehrstuhl für sozialwissenschaftliche Datenanalyse, IT NRW, AG der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege des Landes NRW u.a.) erstellt wurde. Gleichwohl ist unstrittig, dass Planungsinstrumente zur strategischen Steuerung und für die politischen Entscheidungen unerlässlich sind.

Die Verwaltung wird sich daher mit der Thematik integrierter Planungsgrundlagen, die die Bereiche Kinder, Jugend, Schule und Soziales unter Einbeziehung der Stadtentwicklung grundsätzlich beschäftigen und zu gegebener Zeit in den zuständigen Ratsgremien hierüber berichten.

Insofern kann der vorliegende Antrag derzeit nicht umgesetzt werden.“

Der Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration hat in dieser Sitzung die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis genommen (TOP 1.5).

Zwischenzeitlich hat sich die Verwaltung der Themen Kinderbetreuungsbedarfsplanung und Schulentwicklungsplanung angenommen und für Letztere einen Auftrag an ein Büro vergeben.

Diese Aufgabe kann aufgrund der Komplexität nicht „mit Bordmitteln“ geleistet werden. Für den Bereich der Sozialverwaltung ist darauf hinzuweisen, dass regelmäßig einmal im Jahr über die Belange des Amtes für soziale Angelegenheiten im Ausschuss berichtet wird. Derzeit wird verwaltungsintern die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Wohnen in Hennef“ vorbereitet. Hierbei sind die Fachbereiche Liegenschaften, Planung, Bauordnung und Soziales vertreten. Ein erster Schritt, der in der ersten Sitzung des Gremiums vorgestellt werden soll, die für Anfang Oktober 2018 geplant ist, ist die Erhebung und Zusammenstellung von Datengrundlagen. Der Bereich „Wohnen“ ist aus Sicht der Verwaltung ein Baustein eines Sozialberichtes. Dieser Baustein soll zunächst als Schwerpunkt gemeinsam in der Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aus Ratsgremien und Verwaltung bearbeitet werden.

Aufgrund der personellen Situation der Verwaltung und der Vielzahl der zu erledigenden Aufgaben kann ein umfangreicher Sozialbericht, vergleichbar des Landesberichtes mittelfristig für die Stadt Hennef (Sieg) nicht erstellt werden. Finanzielle Ressourcen für die Beauftragung eines geeigneten Fachbüros stehen ebenfalls nicht zur Verfügung.

Insofern schlägt die Verwaltung vor, wie beschrieben zu verfahren.

In Vertretung



Martin Herkt
Beigeordneter

DIE LINKE.
Hennef

DIE FR_AKTION.

Hennef, 10.06.2018

An den
Bürgermeister der Stadt Hennef
Herrn Klaus Pipke
Rathaus
53773 Hennef

EINGEGANGEN
11. Juni 2018
Erl.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich bitte Sie, nachfolgenden **Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 25.06.2018** zu setzen.

Sachverhalt:

Im Ausschuss für **Generationen, Soziales und Integration** am 03.11.2016 haben wir die Erstellung eines regelmäßigen Sozialberichts für die Stadt Hennef beantragt. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, aber bis heute nicht umgesetzt.

Wir beantragen, diesen Beschluss alsbald umzusetzen.

gez.
Gerd Weisel
Fraktionsvorsitzender

Detlef Krey
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender



Beschlussvorlage

Amt: Amt für soziale Angelegenheiten
Vorl.Nr.: V/2018/1590
Datum: 11.09.2018

TOP: 13
Anlage Nr.: 5

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration	25.09.2018	öffentlich

Tagesordnung

Sachstandsbericht zur Situation der Flüchtlinge

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Begründung

Zum Stichtag 31.08.2018 war die Stadt Hennef für die Unterbringung und Betreuung von insgesamt 234 Flüchtlingen zuständig. Hiervon befinden sich 173 Personen im laufenden Asylverfahren. Bei diesem Personenkreis steht eine abschließende Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) noch aus. Die übrigen 61 Personen sind abgelehnte Asylbewerber, deren Aufenthalt geduldet wird.

Zudem lebten zum Stichtag 259 anerkannte Flüchtlinge mit Wohnsitzauflage in Hennef, davon 110 in von der Stadt Hennef angemieteten Wohnungen. Die übrigen 149 Personen sind in Wohnungen untergebracht, die sie selbst angemietet haben.

Zwischenzeitlich konnten alle Personen, die vorübergehend in der Gemeinschaftsunterkunft in der Reutherstraße 11 untergebracht waren, in von der Stadt angemietete Wohnungen umziehen.

Zum 31.08.2018 ist damit die Gemeinschaftsunterkunft leer gezogen worden. Ab dem 01.09.2018 entfallen somit die Kosten für den Sicherheitsdienst. Die Verwaltung klärt derzeit mit dem Eigentümer die Frage der Anschlussnutzung.

Die Betreuungsleistungen des DRK Landesverbandes enden mit Ablauf des Monats September 2018. Dem DRK soll Gelegenheit gegeben werden, die eigenen Materialien aus der Unterkunft zu entfernen.

Zwei Sozialbetreuer des DRK, die bereits in den letzten Monaten auch in der städtischen Beratungs- und Begegnungsstätte „Interkult“ tätig waren, sollen ab dem 01.10.2018 zunächst befristet für zwei Jahre einen Beschäftigungsvertrag durch die Stadt Hennef erhalten. Die Modalitäten werden derzeit verwaltungsintern und mit den beiden Personen geklärt.

Die Weiterbeschäftigung der beiden Mitarbeiter ist aus Sicht der Verwaltung sinnvoll und notwendig, weil sie sich auf die Hennefer Situation eingestellt haben und über gute Kontakte zu den beteiligten Institutionen und zu der Zielgruppe verfügen. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit gesehen, die Zielgruppe bei den vielfältigen Fragestellungen im Zusammenhang mit einer gelingenden Integration bestmöglich zu unterstützen. Hier sieht die Verwaltung durch die Fähigkeiten der beiden Mitarbeiter in Kombination mit dem Team des Interkults und der Sozialverwaltung gute Chancen.

Für die auch in naher Zukunft immer wieder zu erwartende Zuweisung neuer Flüchtlinge stehen der Verwaltung weitere Wohnungen zur Verfügung.

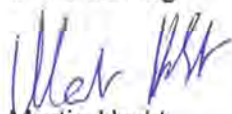
Damit ist die große Herausforderung seit Sommer 2015, die große Zahl an Geflüchteten adäquat in der Stadt unterzubringen, durch den tatkräftigen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialverwaltung mit vielfältiger Unterstützung Dritter (DRK, Interkult, Kirchen, Ehrenamtler/innen) bewältigt.

Die parallel vorhandene Herausforderung zur Gestaltung des Integrationsprozesses soll mit den oben erwähnten Schritten weiter angegangen und verstärkt bearbeitet werden.

Über den weiteren Fortgang wird die Verwaltung weiterhin regelmäßig in den Sitzungen des Ausschusses für Generationen, Soziales und Integration berichten.

Die mit Beginn der Flüchtlingskrise installierte Informationsrunde der Verwaltung für die Fraktionen im Rat der Stadt Hennef wird bis auf weiteres ausgesetzt.

Hennef (Sieg), den 12.09.2018
In Vertretung



Martin Herkt
Beigeordneter



Mitteilung

Amt: Amt für soziale Angelegenheiten
Vorl.Nr.: M/2018/0396
Datum: 11.09.2018

TOP: 3.1
Anlage Nr.: 6

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration	25.09.2018	öffentlich

Tagesordnung

Einrichtung eines Arbeitskreises "Wohnen in Hennef"

Mitteilungstext

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Ausschuss für Generationen, Soziales und Integration am 27.02.2018 einstimmig die Einrichtung eines Arbeitskreises „Wohnen in Hennef“ beschlossen.

Die erste Sitzung des Arbeitskreises soll am Donnerstag, den 11.10.2018 um 17.00 Uhr im „INTERKULT“ (Wippenhohner Straße 16) stattfinden. Die Einladung zu der ersten Sitzung geht den Fraktionen rechtzeitig zu.

Der Beschluss sieht vor, dass der Arbeitskreis aus Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung und der Fraktionen im Rat der Stadt Hennef besetzt wird.

Da das Thema „Wohnen in Hennef“ die Fachausschüsse „Dorf“, „Planung“, „Soziales“ und „Wirtschaft/Liegenschaften“ tangiert, sind seitens der Verwaltung die Fachbereiche Planung, Bauordnung, Liegenschaften und Soziales vertreten.

Aus Sicht der Verwaltung wäre es wünschenswert, wenn die Vorsitzenden der genannten Fachausschüsse Teil der Arbeitsgruppe würden.

Insgesamt sollte der Arbeitskreis mit je 3 Vertreterinnen und Vertretern der CDU- und der SPD-Fraktion sowie mit je 2 Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und Die Unabhängigen besetzt werden.

Die Benennung der Fraktionen soll in der Sitzung des Rates am 01.10.2018 erfolgen.

Hennef (Sieg), den 12.9.2018
In Vertretung

Martin Herkt
Beigeordneter